

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung **– Drucksache 13/7389 –**

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotentiale (Jahresabrüstungsbericht 1996)

2. a) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Angelika Beer, Winfried Nachtwei, Christian Sterzing und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **– Drucksache 13/7805 –**

b) zu dem Entschließungsantrag der Gruppe der PDS **– Drucksache 13/7797 –**

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung **– Drucksache 13/7389 –**

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotentiale (Jahresabrüstungsbericht 1996)

A. Problem

Die Bundesregierung ist aufgefordert, dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht zum Stand der Bemühungen um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotentiale (Jahresabrüstungsbericht) für das vorangegangene Jahr bis spätestens Ende April vorzulegen.

Vor dem Hintergrund des vorliegenden Jahresabrüstungsberichts fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Entschließungsantrag die Bundesregierung u. a. dazu auf, ein Konzept für die Abrüstungspolitik zu entwickeln, das die herkömmliche Logik der Rüstungskontrolle überwindet und die präventive Rüstungskontrolle mit einbezieht, im Grundgesetz und völkerrechtlich auf die Einrichtung, die Produktionen und den Besitz von Atomwaffen zu verzichten, sich gegen eine mögliche Destabilisierung Europas durch die NATO-Ausdehnung einzusetzen und als einseitigen Abrüstungsschritt die Bundeswehr zu reduzieren sowie für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU einzutreten und ein supranationales Sicherheitskonzept für die deutsche Sicherheitspolitik zu entwickeln.

Die Gruppe der PDS fordert in ihrem Entschließungsantrag darüber hinaus, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mittel- und Osteuropa zu unterstützen, auf jegliche nukleare Komponente in einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu verzichten, sich für das Einfrieren der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen auf dem derzeitigen Niveau im Rahmen der KSE-Verhandlungen und eine weitere Verringerung des Gesamtumfanges von Ausrüstung und Streitkräften im gesamten OSZE-Gebiet einzusetzen sowie die Weiterentwicklung des KSE-Vertrages unter Einbeziehung von Seestreitkräften und seegestützten Luftstreitkräften, von regionalen Rüstungsbegrenzungen und präventiver Rüstungskontrolle.

B. Lösung

1. Kenntnisnahme des vorliegenden Jahresabrüstungsberichtes.

Einstimmigkeit im Ausschuß

2. Ablehnung des vorliegenden Entschließungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mehrheit im Ausschuß

3. Ablehnung des Entschließungsantrages der Gruppe der PDS.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Unterrichtung der Bundesregierung – Drucksache 13/7389 – wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/7805 – wird abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/7797 – wird abgelehnt.

Bonn, den 10. Dezember 1997

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender

Dr. Friedbert Pflüger
Berichterstatter

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Angelika Beer
Berichterstatterin

Dr. Olaf Feldmann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Angelika Beer und Dr. Olaf Feldmann**I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 178. Sitzung am 5. Juni 1997 die Unterrichtung der Bundesregierung und beide Entschließungsanträge an den Auswärtigen Ausschuß zur federführenden Beratung sowie an den Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle wurde am 25. Juni 1997 durch den federführenden Ausschuß zur gutachtlichen Beratung der drei Vorlagen beauftragt.

II.

In seiner 26. Sitzung am 8. Oktober 1997 beriet der Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle die Drucksachen 13/7389, 13/7805 und 13/7797 gutachtlich und empfahl dem federführenden Ausschuß, die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 13/7389 zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Beschluß wurde in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig gefaßt. Zum Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7805 gab er die Empfehlung, die Vorlage abzulehnen. Der Beschluß wurde in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimme der Gruppe der PDS gefaßt. Der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7797 wurde in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimme der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Verteidigungsausschuß votierte in seiner 67. Sitzung am 29. Oktober 1997 wie folgt: Die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 13/7389 wurde in Abwesenheit der Gruppe der PDS zur Kenntnis genommen. Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/7805 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Gruppe der PDS abgelehnt. Die Empfehlung des Verteidigungsausschusses für den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/7797 lautete auf Ablehnung. Sie wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der Gruppe der PDS ausgesprochen.

III.

Am 10. Dezember 1997 beriet der federführende Auswärtige Ausschuß die drei Vorlagen und faßte folgende Beschlüsse: Die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 13/7389 wurde bei Abwesenheit der Gruppe der PDS einstimmig zur Kenntnis genommen. Der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7805 wurde mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die antragstellende Fraktion bei Abwesenheit der Gruppe der PDS abgelehnt. Der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7797 wurde mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Gruppe der PDS abgelehnt.

Bonn, den 10. Dezember 1997

Dr. Friedbert Pflüger

Berichterstatter

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

Berichterstatter

Angelika Beer

Berichterstatte^rin

Dr. Olaf Feldmann

Berichterstatter